

Richtung hin nur ein erster, reichlich zögernder Schritt getan. Hier muß energisch vorwärts marschiert werden, sonst ist das Kampf aller gegen alle und damit das Ende des Staates nicht mehr aufzuhalten. Dr. Br.

Poincarés erneute Ablehnung.

Die deutschen Erklärungen „gleichgültig“.

Um keinen Punkt weiter — das ist der Eindruck, den die Welt aus dem nunmehr vorliegenden Mitteilungen über die Unterhaltung zwischen dem deutschen Geschäftsträger Hoersch in Paris und dem französischen Ministerpräsidenten gewinnen muß. Poincaré verhält sich hart und engstirnig bei der Ablehnung jedes Verhandlungsversuches. Mag nicht allein Deutschland, mag Europa zugrunde gehen, mag die ganze Welt zusammenstürzen — Herr Poincaré erklärt mit wegwerfender Handbewegung: „Mir ist das gleichgültig!“

Was Hoersch vortrug.

Da der französische Ministerpräsident bei der früheren Vorentscheidung die vorgeschlagenen Verhandlungen mit der Begründung abgelehnt hatte, daß er die Aufgabe des passiven Widerstandes und ihre Modalitäten nicht mit der deutschen Regierung erörtern könne, wies der Geschäftsträger darauf hin, daß die deutsche Absicht nicht dahin gehe, über die Aufgabe des Widerstandes, die für uns eine vollzogene Tatsache sei, sondern darüber zu verhandeln, wie nach der Aufgabe des Widerstandes die Wiedereingliederung von Arbeit und Produktion im besetzten Gebiet am zweckmäßigsten und schnellsten zu bewerkstelligen sei, und wie insbesondere die Wiederaufnahme von Kohlen- und Kokslieferungen aus Frankreich und Belgien ermöglicht werden könne. Die Reichsregierung sei bereit, auch lokale Verhandlungen zu fördern. Der Geschäftsträger wies mit Nachdruck darauf hin, daß die bisherige Methode der Verhandlungen zu einer völligen Zersplitterung, Ratlosigkeit und Untätigkeit im besetzten Gebiet geführt habe.

Als wichtigsten Punkt der von Regierung zu Regierung zu verhandelnden Fragen hat der Geschäftsträger die Frage der Kohlen- und Kokslieferungen an Frankreich und Belgien hingestellt. Deutschland sei gegenwärtig schlechterdings außerstande, die Finanzierung vorzunehmen. Nachdem die Unterhaltungsleistungen des Reiches eingestellt worden seien, würden sich die Verhältnisse im Ruhrgebiet binnen kürzester Zeit dahin zuspitzen, daß 350 000 Bergarbeiter mit ihren Familienangehörigen dem Verhungern gegenüberstünden, und daß dazu noch Millionen Arbeiter und Angestellte anderer Industrien kämen, deren Beschäftigung vollständig von dem regulären Betrieb der Kohlenwerke abhängig.

Nach Ansicht der deutschen Regierung müßten die notwendigen Verhandlungen mit allen beteiligten Mächten stattfinden. Die Reichsregierung halte es für richtig, sich alsbald mit der Reparationskommission in Verbindung zu setzen.

Völlig gleichgültig.

Der französische Ministerpräsident lehnte die Aufnahme von Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet kategorisch ab. Er hat erklärt, daß ihm die von der Reichsregierung und den Länderregierungen den Beamten und Industriellen des besetzten Gebietes erteilten Weisungen gleichgültig seien, und daß es für ihn nur um Tatsachen ankomme. Die deutschen Erklärungen über die Unmöglichkeit der Finanzierung der Sachlieferungen könne er nicht anerkennen; er müsse sie im Gegenteil als ein Element des Widerstandes bezeichnen. Auf welche Weise die deutsche Regierung die Finanzierung der Sachlieferungen fertigbrächte, sei ihm ebenfalls völlig gleichgültig.

Die Erörterung etwaiger deutscher Vorschläge durch die Reparationskommission werde er solange nicht zulassen, als nicht der deutsche Widerstand nach französischer Auffassung restlos ausgebrochen worden sei.

Und so steht alles wie vorher. Rein, schimmer durch die verbodene Brutalität dieses Mannes, in dessen engem Gehirn kein Platz ist für den Gedanken an ein Damaskus, das auch über ihn kommen kann und kommen muß.

Noch eine deutsche Note.

Erklärungen Dr. Stresemanns.

Reichskanzler Dr. Stresemann hat in einer Unterredung mit dem Vertreter der Londoner „Daily News“ erklärt, die deutsche Regierung strebe mit allen Mitteln, die in ihrer Macht lägen, danach, der finanziellen und politischen Schwierigkeiten im Innern Herr zu werden. Dies könne ihr jedoch nur gelingen, wenn sie eine Periode der Ruhe hinsichtlich der auswärtigen Politik erhalte. Die Wiederherstellung Deutschlands wäre ein europäisches Problem, das das größte Interesse für England haben müsse. Es lebe für den Augenblick seines Wegs so aus, als ob die Aera des Völkerbundes eine Herrschaft des Rechtes und der Gerechtigkeit angekündigt habe. Deutschland wäre von dem Völkerbund schwer enttäuscht worden. Der augenblickliche Geist des Völkerbundes spiegelte die internationale Atmosphäre wieder; es sei der Geist der Mächte, die seine Politik bestimmten. Zum Schluß habe der Reichskanzler erklärt, daß Deutschland daran sei, eine neue Note an die Reparationskommission zu senden, habe es jedoch abgelehnt, ihren Inhalt zu erörtern.

Stinnes' erfolglose Verhandlungen.

Stillelegung der Ruhrzwecken?

Nach Mitteilungen französischer Blätter hat Hugo Stinnes in Begleitung der Industriellen Kläcker und Adger in Düsseldorf Dienstag längere Zeit mit den französischen Stellen verhandelt.

Zu Beginn der Unterhaltung (so berichtet der „Parisien“) spielte Stinnes auf die Erklärungen Stresemanns an, der ausgeführt habe, das Reich sei augenblicklich nicht in der Lage, den Grubenbesitzern die Lieferungen nicht wieder aufnehmen. Die französischen und belgischen Vertreter erklärten, daß sie aber bereits mit einigen Grubenbesitzern des Ruhrgebietes Abkommen geschlossen hätten. Franzosen und Belgier fragten Stinnes, ob die Gruben, die er vertrete, bereit seien, diesem Beispiel zu folgen. Stinnes habe darauf mit Nein geantwortet und erklärt, solange nicht die Zahlung gesichert sei, könne nicht daran gedacht werden, die Lieferungen wieder aufzunehmen.

Nach einer etwas fragwürdigen Meldung hätten die Grubenbesitzer der deutschen Regierung erklärt, sie könnten ohne Weibliche die Löhne der Bergarbeiter nicht mehr zahlen und müßten die Gruben stilllegen.

Englischer Kohlenkredit für Deutschland

Für mehrere Millionen Pfund Sterling.

Dem Londoner Blatt „Evening Standard“ zufolge sollen nach Deutschland Kohlenkredite in Höhe von mehreren Millionen Pfund Sterling ansetzen worden sein, um

Deutschland zu ermöglichen, über die Wintermonate hinwegzukommen. Diese Kredite seien von einem starken Konsortium von Londoner Banken zum Teil zwecks Verminderung der Arbeitslosigkeit in England gegeben worden.

Wenn die für den Kredit zu beschaffenden englischen Kohlen nicht wesentlich billiger werden als die über Dollar kurz notierenden deutschen Kohlen, werden sie nicht viel helfen können. Denn jetzt ist trotz des heranrückenden Winters der deutsche Konsum nicht in der Lage, die vorhandenen Kohlen abzumachen. Die Lager sind überfüllt, und auf den Erzeugnissen werden Zölle eingelegt.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Internationale Hilfe für deutsche Kinder.

Die Geschäftsleitung der Internationalen Arbeiterhilfe hat beschlossen, eine Hilfsaktion zugunsten der in Deutschland notleidenden Arbeiterkinder, Arbeiterfrauen, arbeitslosen Arbeiter, Sozial- und Kleintrentner einzuleiten. Es sind Anträge der Zentrale in England, Frankreich, Skandinavien, der Schweiz und in anderen Ländern erschienen. Die Internationale Arbeiterhilfe hat beschlossen, entweder allein oder in Gemeinschaft mit verwandten Organisationen in Berlin und anderen besonders von der Not betroffenen Städten Kinderheime und Speisehäuser für erwerbslose Arbeiter und Arbeiterinnen einzurichten. In Berlin sollen bereits am 25. d. M. die ersten Wahlzettel ausgegeben werden. Nach Sachse sollen 2000 Tonnen Koggen geben.

Geheimrat Kahl über die große Koalition.

In einer Verammlung der Deutsch. Volksp. in München sprach Reichstagsabg. Geheimrat Kahl über die gegenwärtige politische Lage und erklärte, daß nach dem Rücktritt des Reichskanzlers Cuno die einzig denkbare Lösung die Bildung der Arbeitsgemeinschaft mit der Sozialdemokratie gewesen sei. Der Gedanke der Bildung einer ausschließlich bürgerlichen Regierung ohne ausgesprochen parteipolitischen Charakter hätte infolge der Haltung der Deutschnationalen Volkspartei scheitern müssen.

Kampferklärung der Regierung Thüringens.

Die neue sozialistisch-kommunistische Staatsregierung Thüringens gab im Landtag eine Erklärung ab, in der gesagt wird, die Regierung Thüringens sei eine Regierung der republikanischen Verfassung, und ihr Ziel die Abwehr der sozialistischen Gefahr, die die Tätigkeit und sogar das Leben der arbeitenden Klassen bedrohe. Sie sei eine Regierung des Kampfes gegen die Forderung: Nieder mit dem Marxismus! Der im Reich erklärte Ausnahmezustand richte sich in seinem eigentlichen Sinn gegen die verfallene Bevölkerung und besonders gegen die linksgerichteten Staaten Mitteldeutschlands. In erster Linie haben die Erhaltung des Reiches und gegenüber den Bestrebungen nach großkapitalistischer Diktatur die Errichtung eines Festlandes für eine Arbeiterregierung in Deutschland.

Gesetz mit Kommunisten.

In Heide (Holstein) kam es infolge der Verhaftung des Führers der Kommunisten zu Unruhen. Zwei mit Karabinern bewaffnete Trupps drangen in die innere Stadt ein und forderten die Freilassung des Führers. Das Gesängnis wurde belagert und besetzt. Die Beamten erwiderten das Feuer aus dem Gebäude heraus. Nach dem Eintreffen von Schutzpolizei erfolgte das Feuer. Mehrere Verhaftungen erfolgten.

Verhandelt Stinnes weiter?

Der diplomatische Mitarbeiter des „New York Herald“ in Paris glaubt zu wissen, daß Stinnes, trotz seines Mißerfolges in Düsseldorf, die Aussprache mit den Reparationsbehörden in der kommenden Woche fortsetzen werde. Zurzeit soll Stinnes mit den Berliner Stellen über die Angelegenheit Besprechungen abhalten. Aus Berlin wird von angeblich unterrichteter Seite behauptet, die Pariser Nachricht entbehre nicht der Glaubwürdigkeit.

Einigung über das Arbeitszeitgesetz.

Die Sachverständigenkommission der Koalitionsparteien im Reichstage hat ihre Verhandlungen über das Arbeitszeitgesetz zum Abschluß gebracht. In allen wesentlichen Punkten ist eine Einigung erzielt worden. Es wird voraussichtlich bestimmt werden, daß unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung des Achtstundentages im Bergbau und in den besonders gesundheitsgefährlichen Betrieben eine Arbeit bis zu acht Stunden und in den übrigen Betrieben überstunden bis zu neun oder zehn Stunden zugelassen werden. Ausnahmen für Frauen, Jugendliche und Kinder sollen nicht zugelassen werden. Wo verlängerte Arbeitszeit zulässig ist, muß sie durch tarifliche Vereinbarungen, eventuell auf dem Wege des Schlichtungsverfahrens oder legitimistisch durch den Arbeitsminister angeordnet werden. Voraussichtlich wird die Vorlage am nächsten Mittwoch im Reichstage beraten werden.

Gesetz über werbeständige Hypotheken.

Die eine Berliner Korrespondenz erfährt, steht ein dem Reichstag vorliegender Entwurf zur Durchführung des Gesetzes über werbeständige Hypotheken bevor, das als Maßstab einer werbeständigen Hypothek der an einer deutschen Börse amtlich festgelegte Kurswert des nordamerikanischen Dollars für den Fall zugelassen wird, wenn die Hypothek zur Sicherung einer Anleihe dient, für deren Verzinsung und Regelung das Reich oder ein Land die Bürgschaft übernommen hat.

Sozialdemokratisch-kommunistische Verhandlungen.

In den letzten Tagen haben Verhandlungen zwischen Vertretern der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei über ein gemeinsames Vorgehen in politischen und gewerkschaftlichen Fragen stattgefunden. Diese Besprechungen haben bis jetzt zu einem Resultat nicht geführt. Von beiden Seiten wurden die vorläufigen Einigungsvorschläge für unannehmbar erklärt. Neue Pläne werden ausgearbeitet.

Plan einer sächsischen Anleihe.

Die sächsische Regierung hat beschlossen, dem Landtag den Entwurf eines neuen Anleihegesetzes zugehen zu lassen, das eine Erhöhung der fundierten und der schwebenden Schuld des Staates vorsieht. Die Mittel sollen zum wesentlichen zum weiteren Ausbau der vorhandenen Anlagen des Staates verwendet werden. Die sächsischen Banken haben in diesen Tagen die Übernahme einer Anleihe abgelehnt.

Aus In- und Ausland.

Dresden. In Wollen ist der kommunistische Schriftsteller Kühle auf Betätigung des Wehrkreiskommandos 4 festgenommen und dem Polizeipräsidium in Dresden zugeführt worden.

München. Der aus der Haft entlassene Rohbach wird bei der Feier der Rohbach-Aktion in München und des Deutschen Kampfbundes im Löwenbräu mit einer Rede vor seine Anhänger treten; auch Dittler wird dort sprechen.

Paris. Die Liga für Menschenrechte hat einen Protest gegen die Sonntagrede des Präsidenten der Republik erlassen. In diesem Protest wird die Rede als eine Rundgebung eines persönlichen Regimes bezeichnet.

Paris. Die griechische Kabinettkrise ist beendet. Die Regierung Bonanos bleibt am Ruder.

Petersburg. Die Wahlen zum Peteraburger Sowjet haben begonnen. Am ersten Tag wurden 171 Kommunisten und 9 Parteiloze gewählt.

Rom. Der Papst hat den Kardinalerzbischofen von Köln und Breslau je 150 000 Lire zur Verteilung an die Bedürftigen ihrer Diözesen überlassen und zu dem gleichen Zweck dem Bischof von Münster 50 000 Lire.

Manila. Eingeborene griffen die Sonntagsschule auf der Insel Mindanao an und töteten drei Lehrer, einen Leutnant, einen Sergeanten und acht Genarmen. Zur Herstellung der Ordnung wurden amerikanische Truppen angefordert.

Lebenshaltungskosten riesig gesteigert.

Um 534,2 % gegen die Vorwoche.
Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) stellt sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den 15. Oktober auf das 691,9millionenfache der Vorwoche. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (109,1 Millionen) beträgt demnach 534,2 %.

Im Anfang September war die Indexziffer noch 1 183 434, am 10. September 5 051 046, am 17. September 14 244 900, am 24. September 28 Millionen, am 1. Oktober 40 400 000, am 8. Oktober 109 100 000. Am 15. Oktober sprang die Nezzahl auf 691 900 000.

Die Teuerung im Großhandel.

Der Stand der Großhandelspreise hat sich in der Zeit vom 9. bis 16. Oktober nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts um 255,4 % auf das 1093millionenfache des Friedensstandes gehoben. Von den Hauptgruppen stiegen die Einfuhrwaren um 285,2 % auf das 1525millionenfache, die Inlandswaren um 247,3 % auf das 1 006millionenfache und ferner die Lebensmittel (im Großhandel) um 351,6 % auf das 833millionenfache und die Industriestoffe um 192,7 % auf das 1 570millionenfache des Friedensstandes.

Ermäßigung der Lohnsteuer.

Für die vierte Oktoberwoche.

Bei der Berechnung des Steuerabzuges von dem in der Zeit vom 21. bis 27. Oktober fällig gewordenen und gezahlten Arbeitslohn sind die Ermäßigungen der zweiten Septemberhälfte mit „210“ zu veranschlagen. Es ergeben sich, da diese Zahl für die Zeit vom 14. bis 20. Oktober 32 ist, für die laufende und die folgende Woche folgende

Wochenermäßigungen				
von	für die Zeit	für Steuerpflichtige	für nicht steuerpflichtige	für Werbungskosten
16. bis 30. 9. 1923	(Grundjahr)	172 800	1 152 000	1 440 000
14. bis 20. 10. 23	(32fach)	5 529 600	36 864 000	46 080 000
21. bis 27. 10. 23	(210fach)	36 288 000	241 920 000	302 400 000

Der im Wege des Steuerabzuges einzubehaltende Betrag ist in allen Fällen auf volle Hunderttausend Mark nach unten abzurunden.

Keine freien Mieten in Geschäftshäusern

Aufhebung des preussischen Erlasses vom August.

Dem preussischen Staatsrat lag in seiner letzten Sitzung eine Anordnung vom Wohnfabrikminister vor, wonach die im August verfügte Befreiung der Industrie- und Geschäftshäuser von den Bestimmungen des Reichsmietengesetzes mit dem 1. November wieder aufgehoben werden sollte. Dagegen sollen die Vermieter berechtigt sein, für Räume, die zu gewerblichen Zwecken benutzt werden, einen weiteren Zuschlag bis zu 50 % des Zuschlages für die laufenden Instandsetzungsarbeiten zu erheben.

Der Staatsrat beschloß, mit Rücksicht auf die Verwicklungen, die sich aus der neuen Regelung ergeben können, der Regierung zu empfehlen, die beabsichtigte Änderung bis zum Dezember zu vertagen. Sollte die Anordnung trotzdem erlassen werden, so ersucht der Staatsrat von der Aufhebung der freien Mieten in den Geschäftshäusern abzusehen und den von den Vermietern zu erhebenden Zuschlag auf 75 % des Zuschlages für Betriebskosten und laufende Instandsetzungsarbeiten festzusetzen.

Löhne und Gehälter im Zeitungsgewerbe

Ein zusammenfassender Berufszeitung.

Berlin, 19. Oktober.

Gegen die Lohnfestsetzung für Buchdruckergewerkschaften durch das Zentralratsamt, die soeben erfolgte, haben die Arbeitgeber Widerspruch erhoben. Und zwar mit der Begründung, daß bei solchen Lohnansprüchen und den in gleichem Verhältnis oder noch stärker wachsenden sonstigen Unkosten die Betriebe unbedingt zusammenbrechen müßten.

Das Zentralratsamt hielt eine von dem Abkommen, das die Tarifkommission am 12. Oktober für die laufende Woche getroffen hat, abweichende Regelung der Zahlungsstermine für geboten und für rechtlich zulässig. Es erging folgende Entscheidung: Der Restlohn für die Woche vom 13. bis 19. Oktober ist möglichst am Sonnabend, spätestens am Montag, den 22. Oktober, zu zahlen. Die Hälfte des dieswöchigen Lohnes ist als Vorschuss auf den Lohn der nächsten Woche am Mittwoch, den 24. Oktober, zu zahlen. Der Spitzenlohn der Woche vom 13. bis 19. Oktober beträgt 30 Milliarden Mark in der Spitze, der Hilfsarbeiterlohn 27 Milliarden, für Anlegerinnen 21,375 Milliarden, für Hilfsarbeiterinnen 19,440 Milliarden Mark.

Die Gehälter für die Zeitungsangestellten wurden ebenfalls, und zwar durch Vereinbarung, festgesetzt. Sie erhalten in der Spitze für die laufende dritte Oktoberwoche das Zwösfache des Septembergehältes, d. h. etwa 274 Milliarden, für die vierte Oktoberwoche ist das Gehalt auf das Doppelte, d. h. etwa 548 Milliarden, in der Spitze normiert. Nach dem Verhältnis des Angebotsverhältnisses von der dritten zur kommenden vierten Oktoberwoche läßt sich ersehen, wie sich der Lohn der technischen Arbeiter in der kommenden Woche ungefähr stellen wird. Wenn jetzt schon die Arbeitgeber vor der Untergangbarkeit der auf sie fallenden Lasten stehen, so muß die nächste Woche die Schwierigkeiten geradezu ins Unendliche vermehren.

Wie schnell
Zeit — und w
— schon zeitig
Gelbe — die
Weibe. —
reichlich ruht,
nicht gut, — ni
verkauft, — je
Scheuern! —
nie gedacht, do
gebracht, — A
Erndung —
beständigem Wa
Flot in oieier
n mit uns nod
droht — wohl
Beitrag, —
rungsweite —
ed — hat jede
behalten gehn,
der Spruch best
dieser Zeiten —
geleiten — vom
der Führer nicht
ausgehört sein
wider Taten —
durchberaten —
Etwas muß gel
der Ausstieg vor

Sächsisch

Connenauß
Connenunt
1898 Geog
rel'ender Emi
Emil Schlaß
Gefare Lomb

Sto

Der beh
hierüber in den
tiefen Heimath
Dane Zw
Gefelligkeit. E
und Konzentrie
mehr denken n
Feierabends, n
merl in erschrec
kräde, grädeln
Ausrichtung, j
Wittlog gebrugg
chen, ja sogar d
werden einjam
zusammenstnde
so unendlich die
armes Leben,
der Gefelligkeit
gang verlinken
Wir wollen die
brauchen, dopp
vor uns liegen
So laßt u
Gefelligkeit zu
schau und die
not. Das Rich
Mittmenschen
Monaten. Un
Unsere Jugen
Wir wollen do
von den verfr
Salz und Bro
Nun erst recht
aus dieser ein
lo offer vermisse
Wir hab
nur die Fockel
Kopf in den M
meinsam tragen
kleinen freubere
gröble ist die
Lebens verborr
wenigstens die
halten und die
Sonne wieder

+ Der G
ist für die Zeit
den 23. 10. 19
beim Finanzam
+ Die W
Septemberhälf
Steuerabzug v
für die Zeit von
der Entwicklung
haltungsänder
September 192
Septemberwoche
zahl ergeben be
einer Partien W
zwischen dem
zweiten Septem
zu hohe Feuerl
eintreten würde
den Bestimmungen
für die hommer
so, daß bei dem
Preis von dem S
September von
ersten Septemb
5 051 046 von
zahl 32.
+ Un Le
die zweite Okt
mittelst, die Re